



Newsletter SPD-Fraktion im Kreistag

Juli 2013

Gestrandet, aber mit neuer Perspektive

Jugendliche aus Krisengebieten finden in Dreieich neue Heimat

Seit 23 Jahren betreibt die Arbeiterwohlfahrt in Dreieich ein Wohnheim für unbegleitete Kinder und Jugendliche. Das sind alle minderjährigen Personen, die z.B. über den Frankfurter Flughafen einreisen und deren Eltern oder Verwandte nicht feststellbar sind.



Der Arbeitskreis Integration vor dem neuen Gebäude - v.l.n.r.: Heinz Eyßen, Ute Seib, Jürgen Kaiser, AK-Vorsitzender Thomas Przibilla, Yvonne Tesch-Klühspies

In einer Erstaufnahmeeinrichtung in Frankfurt werden in ca. sechs Wochen die aufenthaltsrechtlichen Fragen geklärt. Meistens endet dies nur mit einer zeitlich befristeten Duldung, was die hiesige Integration eher erschwert. Erhalten die Kinder und Jugendlichen dann aus humanitären Gründen ein Aufenthaltsrecht - sie kommen in der

Regel aus Krisengebieten in Afrika oder Asien - finden sie in Dreieich eine neue Heimat.

Mit Hilfe der Fernsehlotterie und der Stadt Dreieich wurde für jetzt vier Mädchen und elf Jungen im letzten Jahr ein neues Zuhause geschaffen - modern, mit Einzelzimmern, Gemeinschaftsräumen und sogenannten Verselbständigungszimmern. Das sind kleine Ein-Personen-Appartments, in denen die älteren Jugendlichen vollständig selbständig leben und wirtschaften müssen.



v.l.n.r.: Thomas Przibilla, Yvonne Tesch-Klühspies, Ute Seib, Fritz Finger (Fachbereichsleiter Kinder, Jugend, Familie der AWO Süd-Hessen), Manfred Graßmann (Leiter der Einrichtung)

Bei einem Info-Besuch der SPD-Kreistagsfraktion konnten die AWO-Mitarbeiter auch darüber berichten, dass die Kinder und Jugendlichen in den Dreieicher Schulen gut aufgenommen werden und dort ihre jeweiligen Schulabschlüsse anstreben. Ab dem ersten Tag erhalten sie zusätzlichen Deutschunterricht. Für die psycho-soziale Betreuung der oftmals traumatisierten Jugendlichen werden alle Spezialangebote im Rhein-Main-Gebiet genutzt. Es ist das Ziel der Einrichtung, alle Jugendlichen zu befähigen, nach dem Verlassen des Wohnheims auf eigenen Füßen zu stehen. Das gelingt in der



Regel gelingt, denn alle Jugendlichen wollen lernen und sich damit eine Perspektive schaffen, so die bisherigen Erfahrungen.
 Finanziert wird die Einrichtung über den Kreis Offenbach. Der Kreis erhält aber einen vollständigen Ersatz von Bund und Land.

Inklusion für alle - geht das?

Zur Vorbereitung von Entscheidungen, wie Inklusion an Schulen im Kreis organisiert werden kann, sucht der Arbeitskreis Schule der SPD-Fraktion das Gespräch mit Fachleuten vor Ort. Nach dem Besuch der "Modellregion" Mühlheim stand jetzt ein Gespräch mit der Leitung der Helen-Keller-Schule Berthold Geist in Dietzenbach an.



Der AK-Schule in der Helen-Keller-Schule; ganz links SPD-Fraktionsvorsitzender Werner Müller, 3.v.l. Schulleiter Berthold Geist

Die Helen-Keller-Schule war eine der ersten Schulen für Lernhilfe in Hessen. Sie ist seit 2003 Beratungs- und Förderzentrum für Lernhilfe, d.h. einige der Lehrkräfte gehen in die Grundschulen, um z.B. Sprachförderung zu leisten. Neu ist seit gut einem Jahr, dass diese "Sonderschule" zusammen mit der benachbarten Gesamtschule kooperative Klassen bildet, also Inklusion quasi umgekehrt praktiziert. Sie nimmt dabei Schülerinnen und Schüler

mit vielen Problemen auf, erreicht aber dennoch, dass ca. 40% den Hauptschulabschluss schaffen und kein Kind die Schule ohne ein Angebot für die weitere Berufslaufbahn verlässt.



Die von den Schülerinnen und Schülern aufgestellten Regeln in der Schule.

Kein Kollege und keine Kollegin streube sich gegen Inklusion und das Ziel, alle Schülerinnen und Schüler in gleicher Weise zu fördern, betonte Schulleiter Berthold Geist. Aber im jetzigen System seien Inklusionsschüler immer noch erkennbar. Daher sollten die Eltern der betroffenen Kindern auch nicht zur Inklusion gezwungen werden, sondern frei entscheiden können, an welche Art von Schule ihr Kind unterrichtet wird, so die Forderung des Schulleiters.

Bildungs- und Teilhabepaket - Es gibt immer noch Eltern, die es nicht nutzen

Mit offensiver Werbung hat der Kreis erreicht, dass immer mehr Betroffene die Angebote des Bildungs- und Teilhabepakets (BTB) wahrnehmen. Anscheinend gibt es aber immer noch



Bevölkerungsgruppen, die nicht erreicht werden.

Bei dem Besuch der SPD-Kreistagsfraktion in der Helen-Keller-Schule erfuhren die Kommunalpolitiker, dass die Nachfrage nach einem warmen Mittagessen an dieser Ganztagschule um 50% zurückgegangen ist. Das fällt auch deshalb auf, weil die KlassenlehrerInnen mit den SchülerInnen gemeinsam das Mittagessen einnehmen. Vor dem Bildungs- und Teilhabepaket wurde das Mittagessen von der Kübelstiftung auf 1 € pro Essen heruntersubventioniert und ca. 50 SchülerInnen nahmen teil. Jetzt, nach in Kraft treten des BTP, seien es nur noch 20.

Die Eltern der SchülerInnen "kriegen das nicht geregelt", meint der Schulleiter, obwohl dazu nur ein Besuch bei der ProArbeit notwendig sei.

In Kitas und Schulen ist es schon heute bunt

Der Zensus aus dem Jahr 2011 hat aktuelle Zahlen über die Zusammensetzung der Bevölkerung auch im Kreis Offenbach geliefert.

So haben Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren im Kreis Offenbach zu 40% einen Migrationshintergrund. An der Spitze dabei liegt Dietzenbach mit einem Anteil von 68% gefolgt von Neu-Isenburg mit einem Anteil von 55%.

Der Anteil der Kinder und Jugendlichen mit Migrationshintergrund ist dabei im Westkreis mit 43% fast doppelt so hoch wie im Ostkreis mit 25%, was nicht verwundert, beträgt doch der Anteil dieser Bevölkerungsgruppe in Seligenstadt nur 20% und in Hainburg 26%. Auch in Rodgau liegt er nur unwesentlich höher (28%).

Ist der ÖPNV noch finanzierbar?

Der Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs im Kreis hat heute einen Standard erreicht, den niemand vor zehn Jahren so vorhergesehen hat. Die Angebote werden angenommen, der ÖPNV gewinnt neue Fahrgäste. Vorschläge für punktuelle Verbesserungen gibt es zuhauf. Doch die Finanzen der Kommunen lassen einen weiteren Ausbau nicht zu. Im Gegenteil, steigende Betriebskosten können kommunal nicht mehr aufgefangen werden. Doch was bedeutet dies für das Angebot. Gibt es neue Finanzierungsquellen oder müssen Abstriche an dem Angebot gemacht werden?

Antworten auf diese Fragen gibt der Geschäftsführer des Rhein-Main-Verkehrsverbundes Klaus-Peter Güttler, den die SPD-Kreistagsfraktion zu einem Meinungsaustausch eingeladen hat. Zu diesem Gespräch sind interessierte Parteimitglieder herzlich eingeladen.

EINLADUNG

Die zukünftige Finanzierung des Öffentlichen Personennahverkehrs

Referent: Klaus-Peter Güttler
Geschäftsführer des RMV

**Dienstag, den 16.7.2013
16:00 Uhr**

Kreishaus Dietzenbach
Raum 1.A.11 Shandong

Bitte anmelden unter [06074-81802410](tel:06074-81802410)
oder spd@kreis-offenbach.de

Der nächste Newsletter erscheint am 23.9.2013